

# Nutzen durch Beteiligung? Politische Partizipation nach der Katastrophe

Gaining Procedural Utility?  
Political Participation after 3/11

*Phoebe Holdgrün*

*Since the triple disaster of March 11, 2011, many people in Japan who were not previously involved in, or even interested in, politics started to become engaged in the movement against nuclear energy and for protection against radioactivity. Demonstrations like the one on July 16, 2012 in Tokyo, where around 170.000 participants assembled, make this trend visible. This article poses the question: how does this new commitment to political activism affect the people who participated – regardless of the outcome of the political process? Do self-perceptions change to a certain extent in course of participating? So far, the literature has addressed these questions first and foremost from a theoretical perspective. The concept of procedural utility, for example, suggests that politically active citizens can benefit from processes of participation, depending not only on the results of decision making, but also on the process by which these decisions are reached. Thus, subjective feelings of well-being can increase, most notably when decision making processes fulfill certain psychological needs that contribute positively to self-perceptions such as, for example, feelings of autonomy, relatedness and competence.*

*This article aims to reassess empirically this theoretical concept of a correlation between political participation and subjective feelings. It develops three qualitative case studies of people active in the movement against nuclear energy and protection against radioactivity after the triple disaster of March 11, 2011. Results of the case studies indicate that procedural utility is indeed gained through political action, but psychological needs like autonomy, relatedness and competence are not fulfilled to the same extent.*

## 1. Einleitung

Am 16. Juli 2012 haben geschätzt 170.000 Menschen in einem Demonstrationenzug durch Tōkyō gegen Atomkraft protestiert.<sup>1</sup> Dies ist ein Ereignis in der Reihe zahlreicher Großdemonstrationen und unzähliger kleiner Protestveranstaltungen, die sich seit der Dreifach-Katastrophe vom 11. März 2011 in Japan fortsetzen und seit der Wiederanschaltung zweier Reaktoren in Ōi in der Präfektur Fukui im Juli 2012 zahlenmäßig eine neue Dimension zu erreichen scheinen.<sup>2</sup> Bemerkenswert an der Entwicklung nach dem 11. März 2011 ist, dass sich nun Zehntausende engagieren, die sich zuvor nicht für Kernenergie interessiert haben. Die große Sorge der Bevölkerung wird so sichtbar. Die Aktivisten nehmen die Post-Katastrophensituation als sehr negativ wahr.<sup>3</sup>

Was aber bewirkt das neue politische Engagement für die Aktivisten selbst? Ist nicht denkbar, dass die Aktivitäten unabhängig von ihrem politischen Ergebnis Wirkungen auf die Selbstwahrnehmung der partizipierenden Bürger mit sich bringen? Die Ausgangsthese in diesem Beitrag ist, dass die aktiven Einwohner durch ihre Tätigkeiten nicht nur versuchen, ihre politischen Interessen durchzusetzen, sondern dass sie – trotz der als bedrückend wahrgenommenen Situation nach dem 11. März 2011 – auch, bewusst oder unbewusst, Nutzen für sich gewinnen können. Es ist denkbar, dass dies zur persönlichen Verarbeitung der Katastrophe beitragen kann. Das Konzept des Prozessnutzens (*procedural utility*) unterstützt die Annahme, dass durch politische Partizipation unabhängig vom Resultat der Entscheidungen persönlicher Nutzen für die engagierten Personen entsteht, indem Erfahrungen von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz die positive Eigenwahrnehmung steigern (FREY, BENZ und STUTZER 2004). Das Ziel dieses Beitrags ist, zu überprüfen, inwiefern sich dieser theoretische Ansatz auch empirisch bei Aktivisten in der gegenwärtigen Bewegung gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität in Japan nachvollziehen lässt. Dazu wird mit Beispielen auf der Mikroebene

1. Diese Zahl beruht auf der Schätzung der Veranstalter. Die Polizei vermutete, dass 75.000 Menschen teilgenommen haben (*JT* 25.07.2012). Die Angaben von Veranstaltern und Polizei bei ähnlichen Anlässen divergieren ebenfalls sehr deutlich.
2. Seit den Massenprotesten gegen das Militärbündnis mit den USA in den späten 1950er Jahren und der Studentenbewegung in den späten 1960er Jahren hat Japan keine Protestveranstaltungen in dieser Größenordnung gesehen (*JT* 16.10.2011). Die damaligen Protestbewegungen richteten sich u.a. gegen den Sicherheitspakt mit den USA von 1960 und den Vietnamkrieg. Eine Ausnahme bilden Demonstrationen auf Okinawa gegen die Stationierung der US-amerikanischen Streitkräfte (SLATER 2011).
3. Gleichzeitig beinhaltet die Entwicklung auch Potential für neues politisches Partizipationsbewusstsein (KLEIN 2011: 49).

herausgearbeitet, ob und wie Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz bei den ausgewählten Fallbeispielen wahrnehmbar sind. Diese Studie leistet damit einen empirischen Beitrag zum Verständnis der Wirkungen von politischer Partizipation auf der psychologischen Ebene der Handelnden.

Der vorliegende Aufsatz ist ein Zwischenergebnis eines im Januar 2012 begonnenen Forschungsprojektes, das sich mit den Wirkungen politischer Partizipation auf engagierte Menschen anhand des Fallbeispiels von japanischen Aktivisten gegen Atomkraft und zum Schutz vor radioaktiver Strahlung beschäftigt und somit in den Bereich der Forschung zu den neuen sozialen Bewegungen fällt. Die Ergebnisse dieses Beitrags beruhen auf empirischen Daten, die in explorativen qualitativen Interviews mit politisch aktiven Bürgern gesammelt wurden sowie auf teilnehmender Beobachtung und japanischer Medienberichterstattung. Dazu wird das theoretische Konzept des Prozessnutzens zunächst genauer erläutert. Anhand dreier Fallbeispiele von Aktivisten beschäftigt sich der anschließende Abschnitt damit, welche Bürger sich in der Bewegung engagieren und mit welchen Methoden sie partizipieren.<sup>4</sup> Auf dieser Grundlage wird dann herausgearbeitet, ob und wie in diesen konkreten Fällen Prozessnutzen durch Partizipation sichtbar wird.

## 2. Politische Partizipation und Prozessnutzen

Politische Partizipation wird in dem vorliegenden Artikel im Sinne des Politikwissenschaftlers MAX KAASE (1995: 521) verstanden und umfasst »[a]lle Tätigkeiten [...] die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen«. Somit beinhaltet sie sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung.<sup>5</sup> Die Frage, welche Wirkungen politische Partizipation unabhängig vom Ergebnis der angestrebten politischen Ziele für die engagierten Menschen selbst mit sich bringen kann, ist ein Gegenstand der Forschung, der bislang vornehmlich theoretisch behandelt worden ist (WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008: 5). Ein Ansatz aus der Glücksforschung ist, dass politisch Partizipierende aus ihren Aktivitäten einen positiven Nutzen für sich generieren können, der zu ihrem subjektiven Wohlbefinden beiträgt. Diese

4. Weitere Aspekte, die bei Forschung zu sozialen Bewegungen relevant werden, wie etwa die Frage nach Ressourcen oder der Reichweite der Aktionen und der Reaktionen darauf (LOFLAND 1996: 47–52), können aufgrund des frühen Stadiums des sich entwickelnden Projektes an dieser Stelle noch nicht grundlegend bearbeitet werden.
5. Zu verschiedenen Formen der politischen Partizipation vgl. GEISSEL und PENROSE (2003) sowie KERSTING (2008).

Annahme lässt sich theoretisch durch das Konzept des Prozessnutzens leiten. Es hebt hervor, dass nicht nur der Inhalt von Entscheidungen, sondern auch die Frage, wie diese Entscheidungen getroffen wurden, von Bedeutung sind (FREY, BENZ und STUTZER 2004; WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008). Wenn die Art und Weise, wie Entscheidungsprozesse ablaufen, bei den Beteiligten etwas zur Erfüllung psychologischer Empfindungen und Bedürfnisse wie beispielsweise Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz beitragen, dann generieren die Betroffenen einen Nutzen aus diesem Prozess und werten die eigene Wahrnehmung positiv auf. Dieser Prozessnutzen trägt damit auch zum subjektiven Wohlbefinden für die Beteiligten bei (FREY, BENZ und STUTZER 2004: 381; vgl. auch WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008):

*Procedural utility thus can be defined as the well-being people gain from living and acting under institutionalized processes as they contribute to a positive sense of self, addressing innate needs of autonomy, relatedness, and competence.*

Für Prozesse im Zuge politischer Partizipation lässt sich annehmen, dass sie Empfindungen von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz und somit Prozessnutzen generieren können.<sup>6</sup> Die Frage, ob tatsächlich ein Prozessnutzen dabei entsteht, hängt auch von den möglichen Partizipationskanälen beziehungsweise den Zugangsmöglichkeiten zu Entscheidungsprozessen ab, da diese Autonomieempfindungen betreffen. Autonomie bezieht sich auf die Empfindung, unabhängig zu sein und Gelegenheit zu haben, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen bzw. daran beteiligt zu werden (WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008: 7–8). LEBLANC (2008: 183) hebt diesen Eindruck hervor: »The dignity of self-determination is the democratic citizen's only real friend«. Die Kategorie der Verbundenheit mit anderen wiederum bezieht sich darauf, dass Prozesse gewöhnlich in Interaktion mit anderen stattfinden, und dabei das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe entstehen kann: Bürger identifizieren sich mit einer Gruppe und finden Gleichgesinnte. Bürger möchten als Mitglied einer sozialen Gruppe wertgeschätzt werden (FREY, BENZ und STUTZER 2004: 160). Bei Prozessen der politischen Partizipation äußert sich das beispielsweise in einem Zugehörigkeitsgefühl zu einer Partei (WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008: 8–9). Die subjektive Empfindung von Kompetenz gilt als dritte Kategorie, die zu einem Prozessnutzen beiträgt. Bei aktiver politischer Partizipation führt der Aus-

6. Ein demokratisches System bietet die Voraussetzungen für verschiedene Formen der Partizipation und für die Generierung von Prozessnutzen (FREY und STUTZER 2005: 92; STUTZER und FREY 2006: 393).

tausch mit anderen dazu, dass mehr Informationen und mehr Wissen gesammelt und gegebenenfalls auch mehr Fertigkeiten erworben werden. Damit erhöht sich Kompetenzempfinden (WEITZ-SHAPIRO und WINTERS 2008: 9–10). Es geht dabei nicht nur um bestimmte politische Themen, sondern auch darum, den Ablauf politischer Prozesse zu verstehen. Ob Bedürfnisse wie Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz erfüllt werden, hängt von dem jeweiligen Prozess ab (FREY, BENZ und STUTZER 2004: 160). Ergebnisse von Studien, die dieses Konzept aufgreifen, fallen entsprechend unterschiedlich aus: Während WEITZ-SHAPIRO und WINTERS (2008) in ihrer Arbeit zum Wahlverhalten in lateinamerikanischen Ländern nicht bestätigen können, dass Wähler aus dem Prozess der Teilnahme an einer Wahl Prozessnutzen generieren, stellen FREY und STUTZER (2005; STUTZER und FREY 2006) am Beispiel von direktdemokratischen Elementen in Schweizer Kantonen heraus, dass allein die Möglichkeit zur intensiven Teilnahme am politischen Prozess mit stärkerem Wohlbefinden korreliert.<sup>7</sup>

Der theoretische Ansatz des Prozessnutzens lässt möglich erscheinen, dass die in Japan wegen der als desolat wahrgenommenen Lage aufgenommenen politischen Aktivitäten der Bewegung gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität Aspekte hervorbringen, die sich, unabhängig vom politischen Resultat der Partizipation, positiv auf die Eigenwahrnehmung der Beteiligten auswirken. Diese Studie überprüft bei Fallbeispielen einzelner Bürger empirisch, inwiefern sich dieser Ansatz bei Partizipationsprozessen der gegenwärtigen Bewegung in Japan nachvollziehen lässt. Anders als bei vorhergehenden Studien wie FREY, BENZ und STUTZER (2004) und WEITZ-SHAPIRO und WINTERS (2008) dienen qualitative Interviews als Datengrundlage. Die Ergebnisse der ausgewählten Beispiele geben damit aus der Perspektive der Mikroebene Aufschluss über Wirkungen politischer Partizipation. Fallbezogen führt die Studie die Forschung zu Entwicklungen in Japan nach der Dreifach-Katastrophe weiter: Arbeiten zu politischer Partizipation nach dem 11. März 2011 beschäftigen sich bislang mehr mit den Inhalten, Zielen und Partizipationsformen (ALDRICH 2012b, 2012c), der Rolle der Zivilgesellschaft (KAWATO, PEKKANEN und TSUJINAKA 2012) und dem Einsatz von Sozialmedien (SLATER, NISHIMURA und KINDSTRAND 2012), nicht aber mit den Wirkungen der Partizipation auf die Aktivisten selbst. Forschung, die sich mit den Auswirkungen der Katastrophe auf Psyche und Wohlbefinden der Bevölkerung befasst (GOODWIN

7. Die Studie von DORN et al. (2008) greift die Ergebnisse von FREY und STUTZER kritisch auf, indem weitere Faktoren als entscheidend herausgearbeitet werden.

et al. 2012; UCHIDA, TAKAHASHI und KAWAHARA 2011), nimmt diese Frage unabhängig von politischen Aktivitäten in den Blick.<sup>8</sup>

### 3. Akteure und Methoden der Bewegung

Welche Bürger fühlten sich durch die Dreifach-Katastrophe 2011 veranlasst, politisch aktiv zu werden, und mit welchen Methoden partizipieren sie? In diesem Abschnitt werden drei Fallbeispiele von Bürgern, die ich interviewt habe, vorgestellt.

#### 3.1 Akteure

##### Fall 1: Frau A.

Mit Frau A., einer Mitvierzigerin, treffe ich mehrmals im Rathaus des Metropolbezirks in Tōkyō, in dem Frau A. lebt, zusammen. Es war nicht einfach, einen Termin für ein Interview mit der selbständig berufstätigen und alleinerziehenden Mutter von zwei Schulkindern zu vereinbaren. Sie nimmt sich Zeit für ein Gespräch im Anschluss an eine Sitzung des Bezirksrats, an der sie als Zuhörerin teilgenommen hat. So werde ich Zeuge, wie Frau A. im Anschluss an diese Sitzung zusammen mit einigen Begleiterinnen Bezirksräte begrüßt. Aus dem vertrauten, herzlichen Umgang wird klar, dass sie mit diesen lokalen Mandatsträgern näher bekannt ist.

Im Gespräch lacht Frau A. verlegen, als sie erzählt, dass sie sich eigentlich nie besonders für Politik interessiert hat. Ihre politischen Aktivitäten beschränkten sich auf den Gang zur Wahlurne. Nach der Dreifach-Katastrophe vom 11. März 2011 hatte sie jedoch den Eindruck, dass sie den Fernsehnachrichten nicht mehr vertrauen konnte, und sie begann, sich über das Internet weitere Informationen zu verschaffen. Das führte dazu, dass sie einen Geigerzähler kaufte und selbst Mes-

8. Im Zusammenhang mit politischer Partizipation stellt sich auch die Frage, aus welcher Motivation heraus jemand aktiv wird: Führt Unzufriedenheit eher als Zufriedenheit dazu, dass sich jemand engagiert? VEENHOVEN (1988: 342–343) zeigt, dass Zufriedenheit nicht zu einer trägen Einstellung gegenüber politischer Partizipation führen muss. Politischer Protest generiert sich aus Unzufriedenheit mit einem bestimmten Sachverhalt; das muss aber nicht heißen, dass die Teilnehmer über diesen Sachverhalt hinaus mit ihrem Leben unzufrieden sind (VEENHOVEN 1988: 342). Möglicherweise hat die Lebenszufriedenheit aber Auswirkungen auf die Form von Partizipation, die gewählt wird, etwa wenn zufriedene Menschen sich weniger in Protesten engagieren (FLAVIN und KEANE 2012). Bei dem hier ausgewählten Beispiel ergreifen die Akteure zumindest themenbezogen mit einem ausdrücklichen Gefühl der Unzufriedenheit oder Verunsicherung die Initiative, da der Zusammenhang zu den Ereignissen im Zuge der Katastrophe und der anschließenden radioaktiven Kontamination unmittelbar ist.

sungen in ihrer Umgebung vornahm. Wichtig erschien ihr, dass die Schule ihrer Kinder den Schulhof und das von der Schule servierte Mittagessen auf radioaktive Verstrahlung hin überprüft. Die staatliche Schule lehnte diese Forderung ab. Dies wurde zum Wendepunkt für Frau A., denn zusammen mit anderen besorgten Müttern organisierte sie sich und wandte sich an das Rathaus ihres Wohnbezirks. Unter ihrer Federführung hat diese Gruppe von Müttern dort eine Petition eingereicht, der stattgegeben wurde. Der Bezirk hat daraufhin Messgeräte gekauft und im April 2012 begonnen, das an der Schule servierte Mittagessen auf Radioaktivität zu kontrollieren.

### Fall 2: Vätergruppe

Als ich im Rathaus eines Bezirks in Tōkyō auf die Gesprächspartnerin Frau A. warte, kann ich beobachten, wie drei Männer Mitte Vierzig eine Petition an den Bezirksrat übergeben. Sichtlich angespannt hören sie den ausführlichen Erläuterungen des Angestellten, der die Petition entgegennimmt, zu. Eine Frau, die zu der Müttergruppe um Frau A. gehört, steht mit dabei und hält die mit einer formellen Verbeugung erfolgende Petitionsübergabe fotografisch fest. Nachdem der Rathausmitarbeiter verschwunden ist, klatscht sie und sagt »Gut gemacht!«; die Körperhaltung der Männer entspannt sich.

Das ist meine erste Begegnung mit dieser kleinen Gruppe von Vätern, die in demselben Bezirk wie Frau A. leben und ebenfalls eine Petition dort eingereicht haben, die sich dafür einsetzt, dass ein Schullandheim in einer anderen Präfektur sorgfältig auf radioaktive Strahlung überprüft wird. Dieses Heim ist Ziel von Schulfahrten aller Grundschulen des Bezirks. Die Väter haben sich gründliche Kenntnisse über die Messung von Radioaktivität angeeignet und mit Unterstützung der Müttergruppe um Frau A. die Petition ausgearbeitet. Bevor über die Petition entschieden wurde, sind sie mehrfach bei den betreffenden Bezirksräten vorstellig geworden. Außerdem haben sie zahlreiche Unterschriften für ihr Vorhaben gesammelt. Für das Gespräch treffe ich die drei langjährigen Schulfreunde im Büro des einen von ihnen. In diesem Büro, so erklärt man mir, sitzen sie normalerweise zusammen und diskutieren miteinander über Politik – früher aber ohne in besonderer Weise aktiv zu werden. Als wenige Wochen später die Petition erfolgreich im Bezirksrat bewilligt wird, kann ich als ZuhörerIn teilnehmend beobachten.

### Fall 3: Herr N.

Herrn N. begegne ich am Rande einer Protestveranstaltung vor dem Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie, und er erklärt sich bereit, mich für ein ausführliches Gespräch an meinem Arbeitsplatz zu besuchen. Vor dem Termin unter-

streicht er mehrmals, dass er nur ein einfacher Bürger sei und womöglich nichts Interessantes berichten könne. Im Gespräch selbst erweist er sich jedoch als außerordentlich gut informiert und bringt außerdem viele Materialien mit. Er ist 70 Jahre alt, ein ehemaliger Angestellter im Ruhestand. Er war zum letzten Mal politisch aktiv als Anfang der 1960er Jahre die Demonstrationen gegen den Sicherheitspakt mit den USA stattfanden. Der Moment, als er dachte, er muss sich wieder engagieren und seine Stimme erheben, kam, als 1.300 Personen, die ihre Häuser in der Umgebung des Atomreaktors Fukushima Dai'ichi verlassen mussten, in der Nähe seines Wohnortes in einer Sportarena untergebracht wurden. Er gehört aus Prinzip keiner bestimmten Gruppe an, aber er unterstützt Gruppierungen von Aktivisten. Er nimmt an Demonstrationen teil und sammelt Unterschriften. Zusammen mit anderen Bekannten versammelt er sich zu einer Studiengruppe, um auf diesem Weg mehr Wissen über die Vorgänge im Zusammenhang mit Atomkraft und der Katastrophe zu erlangen. Herrn N. begegne ich zufälligerweise bei einem Termin, den ich teilnehmend beobachtet habe, wieder. Dort befragen Repräsentanten von Umweltschutz- und Antiatomkraftvereinigungen zusammen mit nicht organisierten interessierten Bürgern Vertreter der japanischen Atomaufsichtsbehörde (*Genshiryoku Anzen Hoanin; Nuclear and Industrial Safety Agency, NISA*) über den Prozess der Freigabe der Reaktoren in Ōi zur Wiederanschaltung. Die anwesenden Bürger geben ihrem Unmut mit aggressiven Zwischenrufen und scharfen Fragen an die Bürokraten deutlich zum Ausdruck, Herr N. wirft bei einer ausweichenden Antwort des Vertreters der Behörde wütend seinen Stift hin und zeigt seine Entrüstung deutlich in Miene und Gebärde.

### Zwischenfazit

Die ausgewählten Fallbeispiele repräsentieren zwei wichtige Gruppierungen von nach der Katastrophe aktiven Bürgern: Senioren und Eltern. Senioren haben Zeit. Manche, wie Herr N., haben auch eine Grundeinstellung, die mit früheren Protestbewegungen sympathisiert. Tatsächlich sind viele ältere Teilnehmer links orientiert (HASEGAWA 2012). Viele von ihnen waren schon vor der Katastrophe vom 11. März 2011 aktiv. Junge Eltern sind sowohl als Atomkraftgegner bei Protestveranstaltungen sichtbar, als auch in Tōkyō- und landesweiten Netzwerken für sichere Nahrung und Aufenthaltsorte für ihre Kinder organisiert.<sup>9</sup> Vor allem Frauen sind stark engagiert (Interview Herr N. 30.03.2012) und treten aktiv für Lebensmittelsi-

9. Vgl. *Tokyo Union Protect Children from Radiation (NO! Hōshanō Tōkyō Rengō Kodomo o Mamoru Kai*; <http://tokyo-mamoru.jimdo.com/>) sowie *National Network of Parents to Protect Children from Radiation (Kodomotachi o Hōshanō kara Mamoru Zenkoku Nettowāku*; <http://kodomozenkoku.com>).



cherheit ein (SLATER 2011): »Today, perhaps more than any other group, they have emerged as particularly effective anti-nuke spokespersons«.

Die gegenwärtige Bewegung in Japan gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität ist breit und deshalb unübersichtlich und setzt sich aus vielen unterschiedlichen Gruppierungen zusammen (NOZOMU 2011):

*This movement consists of innumerable voices and actions; movement of movements. Like the web, it has no ›head,‹ no center. [...] the movement is too rapid, appearing too suddenly and transforming itself too quickly.*

Es sind nicht nur Atomkraftgegner, sondern auch besorgte Bürger, die sich vor verstrahlter Nahrung schützen wollen. Beide Strömungen können sich ideologisch überschneiden – Eltern kommen aus Besorgnis über Nahrungsmittelsicherheit zu einer Haltung gegen Kernenergie, und Demonstranten, die die dauerhafte Energiewende für Japan wollen, streben gleichzeitig Schutz vor Kontaminierung an – die Partizipationsformen und Ziele unterscheiden sich in beiden Fällen je nach Schwerpunkt jedoch möglicherweise. Frau A. engagiert sich vor allem für die Sicherheit von Kindern, Herr N. ist besonders bei Protestveranstaltungen gegen Atomenergienutzung aktiv. Die Väter haben sich als konkretes Ziel ebenfalls den Schutz ihrer Kinder vor radioaktiver Verstrahlung vorgenommen, äußern jedoch ebenso klar, dass sie sich den Atomausstieg für Japan wünschen und haben sich an Unterschriftenaktionen zu diesem Zweck beteiligt.

### 3.2 Methoden

Alle hier vorgestellten aktiven Bürger haben den starken Wunsch, dass sich etwas in Japan verändert. Vornehmliche Ziele sind die Abschaffung der Atomkraft in Japan und die Sicherheit vor radioaktiver Strahlung. Die persönlichen Ziele erstrecken sich darauf, im Bereich des ihnen jeweils möglich erscheinenden zu agieren. Frau A. und die Gruppe von Müttern um sie und die Vätergruppe im selben Bezirk legen den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf den Schutz von Kindern des Bezirks. Sie haben sich dafür entschieden, aktiv zu werden, indem sie ein Problem ausgewählt haben, das ihre Kinder betrifft und das auf die lokale Ebene begrenzt ist. Diese Eltern haben versucht, das Problem zu lösen, indem sie sich mit Petitionen an die lokalen Behörden und den Bezirksrat gewendet haben. Das jeweilige unmittelbare Anliegen der Vätergruppe und der Müttergruppe um Frau A. hatte – formal gese-

hen – Erfolg.<sup>10</sup> Durch vorsichtige Formulierungen, die oft und gründlich überarbeitet wurden, und durch einen intensiven Vorabaustausch mit den lokalen Abgeordneten haben sie die Zustimmung des Bezirksrats erzielen können (Interview Frau A. 16.03.2012):<sup>11</sup> »Ich freue mich, dass unsere Petition bewilligt worden ist und der Bezirk sich bewegt hat. [...] Ich habe das Gefühl, dass ich etwas erreicht habe«.

Herr N. (Interview 30.03.2012) engagiert sich für den Ausstieg aus der Kernenergie in Japan: »Ich tue, was ich nur tun kann«. Er nimmt an Protestveranstaltungen und Demonstrationen teil. Diese Veranstaltungen richten sich an die japanische Regierung, zielen auf die japanweite Abschaffung der Atomkraft ab und haben damit einen ganz anderen Fokus als eine lokale Petition über Schulmittagessen oder Schulfahrten. Ein Erfolg dieses Ziels erscheint momentan (Stand 13. August 2012) unwahrscheinlich: Die japanische Regierung und die Wirtschaftsverbände unterstützen die Nutzung von Kernkraft, wohingegen die Zahlen der Demonstranten auf die gesamte Bevölkerung gerechnet immer noch gering sind. Umstritten ist, ob die Proteste auch mittel- oder langfristig anhalten können oder, wenn die Regierung diese aussitzt, einfach wieder abebben. Klar ist jedoch seit den regelmäßigen Freitagsveranstaltungen vor dem Sitz des Premierministers und spätestens seit dem Protestmarsch am 16. Juli 2012, dass die Demonstrationen mittlerweile eine neue Größenordnung erreichen. Bei diesen so genannten *Sayonara Nuclear Power Rallies* sind auch öffentlich bekannte Persönlichkeiten wie Kenzaburo Ōe oder der Schauspieler Taro Yamamoto mit dabei. Im Juli 2012 hat sich erstmals der ehemalige Premierminister Hatoyama (DPJ) auf einer Freitagsversammlung gezeigt (AS 20.07.2012). Demonstrationen finden in verschiedenen Städten Japans statt; zentraler Veranstaltungsort ist jedoch die Hauptstadt Tōkyō (SLATER 2011).

Die Art und Weise, die im Zusammenhang mit der Katastrophe stehenden Ziele in eigene Aktivitäten umzusetzen, unterscheidet sich bei Frau A. und den Vätern einerseits und Herrn N. andererseits stark. Gleichzeitig macht das deutlich, dass die heterogen zusammengesetzte Bürgerbewegung mit thematischen Schwerpunkten gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität mittels verschiedener konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen agiert und somit die teilneh-

10. Bei der Implementierung selbst können wieder andere Probleme auftreten. Das zeigt die Erfahrung von Frau A., die nach der positiven Entscheidung des Bezirksrates feststellen musste, dass die Rathausverwaltung im Begriff war, ein ihrer Meinung nach ungeeignetes Messgerät zu kaufen. Daraufhin hat sie sich wieder in die Verhandlungen eingeschaltet (Interview Frau A. 16.03.2012).
11. So erläutert einer der Väter, dass das eigentliche Ziel der Gruppe war, die Schulfahrten in die betroffene Region für den Zeitraum der mehrere Jahre währenden gründlichen Dekontaminierung komplett einstellen zu lassen. In der Petition schlagen sie dieses jedoch nicht vor, da sie eine Ablehnung befürchteten (Interview Vätergruppe 09.04. April 2012).

merstarken Demonstrationen nur eine Form sind, in der sich der Protest ausdrückt (vgl. auch KINDSTRAND 2011).<sup>12</sup>

#### 4. Bessere Eigenwahrnehmung durch Partizipation?

Dieser Abschnitt überprüft, ob sich das Konzept des Prozessnutzens bei den Fallbeispielen nachvollziehen lässt, indem aus den empirischen Daten Hinweise auf Empfindungen von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz herausgearbeitet werden.

##### 4.1 Autonomie

Frau A., Herr N. und die Väter haben vor den Ereignissen vom 11. März 2011 kein Bedürfnis gehabt, politisch aktiv zu werden.<sup>13</sup> Diese Einstellung hat sich als Reaktion auf den Umgang der Regierung und Behörden mit den Auswirkungen der Katastrophe grundlegend geändert. Zum einen befürchten sie langfristige gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die Folgen des Reaktorunfalls. Einer der Väter sagt (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

12. ALDRICH (2012a) erkennt vor allem drei verwendete Partizipationskanäle: Grosskundgebungen (*mass rallies*), öffentliche Anfechtung (*open challenges*) und Bürgerwissenschaft (*citizen science*). Grosskundgebungen stehen dabei für die zahlenstarken Demonstrationen, öffentliche Anfechtung für den Unmut, den Bürger mittlerweile gegenüber der Regierung und Bürokraten klar äußern, und Bürgerwissenschaft bezieht sich insbesondere auf solche Gruppen, die eigene Messungen von Radioaktivität vornehmen und ihre Messergebnisse, vor allem über das Internet, öffentlich zur Verfügung stellen. Darüber hinaus kann aber auch die Methode, durch Petitionen lokale Erfolge anzustreben, mit einbezogen werden. Weiterhin sind Unterschriftensammlungen zur Erzielung von Volksentscheiden und Gerichtsverfahren gegen die Betreiber von Atomkraftwerken (JT 18.03.2012) als gewählte Partizipationsstrategien zu nennen. Beispielsweise sollte ein Volksentscheid über den Ausstieg aus der Atomkraft in Tōkyō erreicht werden. Der Stadtrat der Präfektur Tōkyō hatte den Antrag dazu, der von 320.000 Bürgern, weit mehr als der notwendigen Prozentzahl der Bevölkerung, dazu eingereicht worden war, abgelehnt (YS 20.06.2012). An die Stadt Ōsaka ist eine ähnliche Unterschriftenaktion gerichtet worden, die Bürgermeister Hashimoto jedoch abgelehnt hat, mit der Begründung, dass er selbst gegen Atomkraft und ein solcher Entscheid somit unnötig sei (TS 11.05.2012). Die Bewegung um den Literaturnobelpreisträger Kenzaburo Ōe hat die Kampagne »10 Million People's Action to Say Goodbye to Nuclear Power Plant« gestartet: 10 Millionen Unterschriften sollen gesammelt und mit einer Petition bei Ministerpräsident Noda und beiden Parlamentshäusern eingereicht werden. Im Februar 2012 waren bislang vier Millionen Unterschriften zusammengekommen (JT 11.02.2012).
13. Allerdings hatte Herr N. schon in seiner Jugend an Protestveranstaltungen gegen den Sicherheitspakt mit den USA teilgenommen (Interview Herr N. 30.03.2012).

*Mein Kind wird dieses Jahr elf Jahre alt. Und die Sache mit der Radioaktivität, das müssen wir dauerhaft bedenken, von jetzt ab in fünf Jahren, zehn Jahren, fünfzehn Jahren, zwanzig Jahren. Müssen wir von nun an nicht dauerhaft aufpassen, wie wir unsere Kinder aus einer verstrahlten Umwelt fernhalten?*

Zum anderen hat sich Misstrauen gegenüber den Vorgehensweisen von Regierung, lokalen Behörden und Massenmedien entwickelt. Der Eindruck, dass diese Institutionen nicht ausreichend für den Schutz der Bevölkerung sorgen und Tatsachen zurückhalten, hat Eigeninitiativen ausgelöst. Herr N. (Interview 30.03.2012) meint:

*Damals habe ich die ganze Zeit die Nachrichten verfolgt, aber sie haben nur Lügen von sich gegeben, die Massenmedien und die Regierung [...] [und] so eine verantwortungslose Vorgehensweise haben sie die ganze Zeit fortgesetzt. [...] Vor allem, seit es die Regierung unter Noda ist, kann ich ihr nicht mehr vertrauen. [...] Warum das so ist [...] – sie verbergen Tatsachen wie das SPEEDI-Problem, sie sagen, es ist sicher, wenn es gefährlich ist, und sie verstecken Daten. [...] Wenn ich mir ihre Vorgehensweise angucke – das ist doch so, als ob sie quasi die Leute umbringen .*

Einer der Väter erläutert, wie er aktiv geworden ist (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

*Der Bezirk hat nichts getan. [...] Da bin ich ein bisschen misstrauisch geworden [...] und ich habe daran gedacht, den lokalen Bezirksrat zu treffen. Ich wollte fragen, warum [der Bezirk] keine Messungen vornimmt.*

Der Vater ergriff die Initiative und rief bei dem Bezirksrat an. Die dann folgende Unterhaltung war der Auslöser für alle weiteren Aktivitäten, die die Väter unternommen haben. Von solchen Ausgangspunkten aus konnte sich die Einstellung gegenüber der Idee, sich selbst an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, verändern. Sie wollten nicht nur abhängig sein von Entscheidungsträgern, denen sie nicht mehr vertrauten. So hat Frau A. (Interview 16.03.2012) ab einem bestimmten Punkt über die persönliche und lokale Perspektive hinaus weiter gedacht:

*Ich habe ein starkes Gefühl des Misstrauens gegenüber der Regierung. Dabei habe ich einen Punkt erreicht, an dem ich dachte, ich muss dieses Land verändern, durch meine Eigeninitiative.*

Sowohl für Frau A. und ihre Mitstreiterinnen als auch für die kleine Vätergruppe hat sich durch die gewählte Methode der Beteiligung eine neue Welt aufgetan, in der sie sich bei vielen Bezirksräten persönlich bekanntmachen und ihr Anliegen formell auf Sitzungen im Rathaus vortragen. Sie nehmen nun als Zuhörer an Bezirksratssitzungen teil, um besser wahrzunehmen, wer wie auf Fragen antwortet und wie der Stadtbezirk reagiert. Einer der Väter beschreibt, wie sie sich selbst dabei verändert haben (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

*Bislang haben wir uns nicht darum gekümmert, absolut nicht. Es war okay für uns, davon nichts mitzukriegen. Aber jetzt geht es nicht anders, wir müssen es sehen. Das ist der Unterschied. Vorher hatte das, worüber die lokalen Bezirksräte gesprochen haben, überhaupt nichts mit unserem Leben zu tun – das war eine andere Welt. Aber seitdem wir das hier angefangen haben, hängt [unser Anliegen] damit zusammen, was sie im Ausschuss sagen. Wer zustimmt, oder was abgelehnt wird, wenn wir das nicht erfassen, dann greift die Rede beim nächsten Schritt nicht ineinander.*

Das heißt, sie nehmen die Situation so wahr, dass sie selbst weiterhin bei diesem Prozess aktiv bleiben müssen. Sie fühlen sich persönlich verantwortlich. Ein Vater sagt (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

*Die Japaner haben bislang alles der Regierung überlassen und sich nur beschwert. Aber seit dem Erdbeben ist die Zahl der Leute, die das als eigenes Problem auf sich nehmen und darüber nachdenken, sehr deutlich angestiegen.*

Einher mit diesem Verantwortungsgefühl geht der Wille, an Entscheidungsprozessen teilhaben zu können und gehört zu werden. Autonomie bedeutet beim Konzept des Prozessnutzens nicht, dass das Ergebnis des Prozesses ein Erfolg für die Beteiligten sein muss. Es geht vielmehr um den Eindruck der eigenen Unabhängigkeit und um die Gelegenheit, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein. Autonomieempfindungen können sich einstellen, wenn man das Gefühl hat, dass die eigenen Willensäußerungen im Partizipationsprozess wahrgenommen werden.

Frau A., Herr N. und die Väter handeln autonom, indem sie sich aus eigener Initiative heraus dafür entscheiden, sich am politischen Prozess zu beteiligen und die Methoden, mit denen sie teilnehmen möchten, im institutionellen Rahmen legal vorgesehener Mittel auswählen. Im Gegensatz zu Herrn N. brechen Frau A. und die Väter ihre Ziele auf die unmittelbare lokale Umgebung herunter und passen ihr

Vorhaben auf die Adressaten im Bezirksrat zugeschnitten an, indem sie vorsichtige Formulierungen wählen. Für Herrn N. (Interview 30.03.2012), der vor allem an Protestveranstaltungen teilnimmt, geht es auch darum, damit seine Unabhängigkeit auszudrücken:

*Ich kann Petitionen nicht ausstehen. Besonders solche an die Regierung. [...] Petitionen, das heißt doch, [...] um etwas bitten. Wir sind nicht in der Position, dass wir bitten sollten. Bei uns, den Bürgern, liegt doch eigentlich die Regierung.*

Wie weit sich allerdings der subjektive Eindruck von Autonomie erstreckt, bleibt fraglich. Der Anlass zum eigenen Handeln generiert sich aus einem Gefühl der Ohnmacht, wenn den bisherigen Entscheidungsträgern misstraut wird. Allein dadurch, dass die Bürger Eigeninitiativen ergreifen, löst sich dieses Problem nicht auf. Im Gegenteil entsteht Raum für neue Frustrationen, wenn sich das Gefühl einstellt, dass die eigenen Aktionen nicht ausreichend wahrgenommen werden und damit auch keine Chance erhalten, Veränderungen zu bewirken. Ein Mangel an Reaktionen der Adressaten auf das Engagement oder das Herunterspielen der Aktivitäten schmälert die eigene Autonomie und Einflusskraft. Diese Tendenzen zeigen sich, wenn etwa in den staatlichen Fernsehnachrichten nur ganz am Rande oder gar nicht über Massendemonstrationen berichtet wird oder die von der Polizei geschätzte Zahl der Teilnehmer um mehrere Zehntausende geringer als die von Veranstaltern veranschlagte Zahl ausfällt (vgl. Fußnote 1). Unterschriftenaktionen mit Hunderttausenden Unterschriften konnten bisher keinen Volksentscheid über einen Atomausstieg herbeiführen (vgl. Fußnote 12). Die erste erkennbare Reaktion von Premierminister Noda war seine angebliche Aussage, dass die Demonstranten vor seinem Amtssitz »laute Geräusche« (*ōkina oto*) machten (AS 10.07.2012). Viele Aktivisten fühlen sich von der Regierung ignoriert (Gespräche bei teilnehmenden Beobachtungen; vgl. auch AS 19.07.2012). Frau A. (Interview 16.03.2012) erklärt, wie groß die Aufgabe für Bürger, den Atomausstieg anzugehen, aus ihrer Sicht ist:

*Der Staat hat einen Pro-Atomkraft-Standpunkt. Und deshalb ist es für uns Mütter eine zu gigantische Sache, das zu stoppen. Da gibt es die Industrie ... und das in Bewegung zu bringen, das ist wirklich schwierig. In einem anderen Sinn ist es beängstigend. Da ist unheimlich viel Macht und unheimlich viel Geld drin verwickelt. Es ist wirklich schwierig. Deshalb können wir in Japan nicht einfach so wie in Italien oder so, mit einem Volksentscheid entscheiden, dass wir Atomkraft nicht mehr verwenden. Es ist unglaublich schwierig.*

Hier zeigt sich eine Diskrepanz zwischen Aktionen, die sich – wie im Fall von Herrn N. – landesweit auf die Energiewende richten, und solchen, die lokal eng begrenzte Probleme in Angriff nehmen. Die Fälle von Frau A. und der Vätergruppe verdeutlichen, dass einerseits die gewählte Methode eine Reaktion des Bezirksrats erforderlich machte, andererseits aber auch die Tätigkeiten dieser Bürger durch die möglichst kontinuierliche Präsenz bei Rathaussitzungen und durch die umsichtige Vorgehensweise sowie durch die räumliche Einschränkung sehr klar wahrgenommen wurden und eben auch Erfolg hatten. Frau A. berichtet, dass sie nunmehr Versammlungen mit dem für die Messungen zuständigen Abteilungsleiter im Rathaus haben und sich dort austauschen können (Interview Frau A. 16.03.2012): »Ich denke, dass es eine sehr konstruktive, eine sehr gute Situation ist«. Die Väter meinen, dass es viel einfacher sei, auf Bezirkslevel etwas zu verändern, als auf der Ebene des ganzen Staates, und dass trotzdem Schwierigkeiten bestehen, sich als Bürger durchzusetzen (Interview Vätergruppe 09.04.2012):

*Was die Politik anbelangt, und was die starken Unternehmen anbelangt, sie haben erworbene Rechte, [...] und auch in diesem Bezirk ist ein Machtsystem da, und wenn die Bürger das nicht zerbrechen, kann man ihr Schloss nicht einreißen.*

Allerdings waren die eingereichten Petitionen vorsichtig formulierte Kompromissvorschläge und damit zum Beispiel im Fall der Väter, die eigentlich lieber einen ganz anderen Ort für die Schulfahrten vorgeschlagen hätten, als bloß genauere Kontrollen am bisherigen, nun gefährdeten Schullandheim anzumahnen, von den Ausgangszielen etwas entfernt. Dass es als notwendig erschien, von vornherein eine Petition einzureichen, die weniger Veränderungen als eigentlich gewollt anvisierte, kann auch als Verlust an Unabhängigkeit gelten.

Auf der nationalen Ebene wiederum rufen gerade die teilnehmerstarken Demonstrationen seit der Wiederanschaltung der Reaktoren in Öi inzwischen stärkere Medienreaktionen hervor. Auch Premierminister Noda hat im Zuge der großen Demonstration am 16. Juli 2012 seine Aufmerksamkeit für die Debatte um Atomkraft hervorgehoben (JT 25.07.2012). Es wird sich zeigen, ob die Regierung die Proteste gegen Atomkraft weiterhin möglichst ignorieren kann. Die Entwicklung im Sommer 2012 könnte zumindest ein Hinweis darauf sein, dass die Stimme der bislang unermüdlichen Demonstranten zukünftig ein stärkeres Echo hervorruft. Dies könnte sich wiederum – unabhängig vom inhaltlichen Ausgang – positiv auf das Autonomieempfinden der engagierten Bürger auswirken.

## 4.2 Verbundenheit

Alle Interviewpartner empfinden die gegenwärtige Lage in Japan als sehr ernst und äußern sich unzufrieden. Herr N. beispielsweise drückt seine starke Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik aus. Durch die intensive Beschäftigung mit den Auswirkungen der Katastrophe zeigt sich ihm die Lage als trostlos. Eine positive Seite kann er der Situation und seiner neu eingenommenen Rolle darin aber doch ausdrücklich abgewinnen (Interview Herr N. 30.03.2012):

*Dass ich viele Leute kennenlernen kann, mit ihnen reden kann, dass die ganze Sache sich so erweitert, das freut mich. [...] Ich fühle Sympathie, wenn wir alle bei Demonstrationen zusammen sind und die Richtung der Politik verändern wollen [...], und es bewegt mich, wenn ich denke, ach, solche Leute sind auch hier mit uns zusammen!*

Die Väter heben ebenfalls hervor, dass es gut tut, viele Gleichgesinnte kennenzulernen. Die vielen neuen Kontakte, die im Zuge der Aktivitäten entstehen, werden als interessant wahrgenommen. Frau A. wiederum ist froh, dass andere Eltern durch ihre Tätigkeit auf die Problematik aufmerksam geworden sind und sich nun auch für das Thema interessieren. Ihre Gruppe hat sich in einem Tōkyō-weiten Netzwerk mit anderen ähnlich orientierten Gruppen zusammengeschlossen. Zwischen ihrer Müttergruppe und den Vätern besteht zudem ein reger Austausch von Informationen und Unterstützung. Die Beratung von Frau A. hat es den Vätern erleichtert, die Petition zu entwerfen und Kontakte zu lokalen Abgeordneten zu knüpfen. Sie standen mit ihrem Anliegen nicht alleine da. Dies gilt für die Bewegung insgesamt: Indem die aktiven Bürger Gleichgesinnte kennenlernen, die schon aktiv sind oder es werden wollen, kann Verbundenheit empfunden werden.

## 4.3 Kompetenz

Das Reaktorunglück von Fukushima hat viele Menschen in Japan zum ersten Mal mit Fachvokabular zu radioaktiver Strahlung und wissenschaftlichen Fakten dazu in Berührung gebracht. Das ist auch der Fall bei den vorgestellten Bürgern: »Von Sievert und Becquerel habe ich zum ersten Mal gehört« sagt ein Vater (Interview Vätergruppe 09.04.2012). »Ich muss mir Wissen aneignen, darüber, was Atomkraft ist, was ein Atomkraftwerk ist, was radioaktive Strahlung ist«, meint Herr N. (Interview 30.03.2012). Und Frau A. (Interview 16.03.2012) zeigt Verständnis dafür, dass



auch die Sachbearbeiter im Bezirksrathaus noch wenig Wissen über Messgeräte und Verstrahlung mitbringen: »Dieses Problem mit der radioaktiven Strahlung, das ist für uns alle ein neues Problem. Ein Problem, das wir nicht vorausgesehen hatten«.

Wissen über das Unglück in Fukushima, die Reaktionen der japanischen Regierung und die Situation seither war wichtige Voraussetzung für die Tätigkeiten von Frau A., Herrn N. und den Vätern. Dass sie sich aus einem Gefühl von Misstrauen und der Notwendigkeit heraus, informiert zu sein, mit den Ereignissen vertraut gemacht haben, trug dazu bei, sich für eine eigene Initiative zu entscheiden. Gleichzeitig war es Vorbedingung für kontinuierliche Willensbekundungen in fortlaufenden Entscheidungsprozessen.

Frau A. hat Informationen von verschiedenen Quellen im Internet gesammelt und ausgewertet. Die Vätergruppe zeigt beim Interview einen dicken Aktenordner mit Datenmaterial, das sie als Grundlage für ihre Petition zusammengetragen hat. Sie erzählen, dass sie selbst zum Schullandheim gefahren sind und dort eigene Messungen vorgenommen haben (Interview Vätergruppe 09.04.2012): »Es ist doch etwas anderes, wenn man selbst hinfährt und die Tatsachen direkt mit eigenen Augen überprüft, das ist sehr wichtig, denke ich«. Einer dieser Väter gibt das Wissen weiter und informiert betroffene Eltern auf Informationsveranstaltungen über die Strahlung am Schullandheim. Herr N. wiederum trifft sich mit einer Studiengruppe, mit der er regelmäßig über die Situation diskutiert und Wissen austauscht, und auch im Gespräch mit der Autorin referiert er seine Sachkenntnisse.

Frau A., Herr N. und die Väter haben sich jedoch nicht nur umfassend über die Auswirkungen von Radioaktivität und die Lage in Japan nach dem 11. März 2011 informiert, sondern auch Erfahrungen und Kenntnisse über Abläufe im politischen Prozess gesammelt.<sup>14</sup> Im Fall der besorgten Elterngruppen heißt das beispielsweise, dass in Zusammenarbeit untereinander sowie mit sympathisierenden Bezirksräten intensiv an der Formulierung der Petitionen gearbeitet wurde, um die Zustimmung des zuständigen Ausschusses zu erhalten. Darüber hinaus bedeutet es, dass ein Netzwerk an Kontakten aufgebaut wurde, um vor den entscheidenden Ausschusssitzungen bereits mit allen betreffenden lokalen Abgeordneten zu sprechen und etwaige Vorbehalte möglichst ausräumen zu können. Es geht jedoch nicht nur um die Vernetzung mit Abgeordneten, sondern auch mit gleichgesinnten Mitgliedern anderer Gruppen von Bürgern, wie beispielsweise die Gruppe um Frau A. in dem Tōkyō-weiten Netzwerk von engagierten Eltern. Herr N. wiederum zeigt der Autorin umfangreiche Listen von Kontaktpersonen, macht auf Blogs und Internetseiten

14. Dabei können auch durch das Berufsleben bereits vorhandene Fertigkeiten und Fähigkeiten hilfreich sein.

aufmerksam, über die er Informationen zu Veranstaltungen erhält. Durch solche Kanäle – vor allem über Facebook und Twitter – vernetzen sich die Aktivisten wirksam. Auf diese Weise erreichen auch Informationen über Protestveranstaltungen viele potentielle Teilnehmer.

#### 4.4 Prozessnutzen

Die Fallbeispiele haben gezeigt, dass die Bürger, die sich in der gegenwärtigen Bewegung gegen Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität neu engagieren, sich grundsätzlich in einer ungewohnten Umgebung bewegen<sup>15</sup>, sich Wissen und Fertigkeiten für die Teilnahme im politischen Prozess aneignen, und, indem sie auf verschiedene Weise ihren politischen Willen zu Gehör bringen, mit Gleichgesinnten zusammenarbeiten und immer mehr Mitstreiter kennenlernen. Das Konzept des Prozessnutzens mit den relevanten Kategorien Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz lässt sich bei den empirischen Beispiele der Mikroebene nachvollziehen und verdeutlicht gleichzeitig, dass differenziert werden muss: Die hier vorgestellten Beispiele zeigen, dass Empfindungen von Kompetenz und Verbundenheit deutlich erfahren und psychologische Bedürfnisse damit erfüllt werden: die erst seit kurzem aktiven Bürger gewinnen Prozessnutzen aus dem politischen Engagement. Sie gehen aus eigener Entscheidung vor und handeln selbständig – insofern wird auch dem Bedürfnis nach Autonomie Rechnung getragen. Inwieweit sich die betroffenen Bürger aber als autonom Partizipierende an Entscheidungsprozessen empfinden, beziehungsweise wie weit sie sich von den Entscheidungsträgern in Regierung und Verwaltung als autonom Beteiligte wahrgenommen fühlen, hängt auch davon ab, ob es sich um ein räumlich und thematisch eng begrenztes Ziel handelt, oder ob es um ein Projekt wie den Atomausstieg auf nationaler Ebene geht. Die Empfindungen von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz werden also nicht gleichermaßen erfüllt.

## 5. Fazit

Ausgangspunkt dieses Beitrags war die Frage, wie sich politische Aktivitäten auf die Selbstwahrnehmung von Partizipierenden auswirken, die sich im Anschluss an die Dreifach-Katastrophe vom März 2011 in Japan innerhalb der Bewegung gegen

15. Herr N. (Interview 30.03.2012) knüpft dagegen an frühere bewegte Zeiten an.

Atomkraft und zum Schutz vor Radioaktivität engagieren. Das Konzept des Prozessnutzens lässt als möglich erscheinen, dass das politische Engagement – unabhängig von seinem inhaltlichen Ergebnis – durch ein gesteigertes Empfinden von Autonomie, Verbundenheit und Kompetenz positive Rückwirkungen für die aktiven Personen selbst mit sich bringt. Der Beitrag hat anhand von drei Fallbeispielen die Anwendbarkeit dieses Konzeptes empirisch überprüft. In der Tat ließen sich aus den Daten Argumente herausarbeiten, die dafür sprechen, dass den Aktivisten Prozessnutzen entsteht. Gleichzeitig muss zwischen verschiedenen Kategorien differenziert werden: Bei den ausgewählten Fällen ließ sich feststellen, dass aus dem hohen Grad an Kenntnissen und Erfahrungen, die erworben werden, sowie aus der positiv hervorgehobenen Knüpfung von Kontakten Eindrücke von Kompetenz und Verbundenheit zur Selbstwahrnehmung beitragen. Bei der eigenständigen Vorgehensweise der Aktivisten ist Autonomie ebenfalls eine relevante Kategorie, allerdings schwächer ausgeprägt, wenn es darum geht, ob die aktiv gewordenen Bürger sich von den Adressaten ihrer Aktionen – Zentral- und Lokalregierungen – auch als autonome Akteure wahrgenommen fühlen. Ergebnisse aus der Empirie weisen darauf hin, dass dies im Fall von Lokalregierungen eher, und im Fall der Zentralregierung bislang weniger der Fall war. Das Autonomieempfinden wird Einfluss auf die Kontinuität der gegenwärtigen Bewegung in Japan haben: Dann stellt sich die Frage, ob Empfindungen von Verbundenheit, Kompetenz und Autonomie bei den Aktivisten andauern oder sich sogar verstärken – oder ob sie vielmehr bei längerfristigem Engagement Frust und Enttäuschung Platz einräumen und sich dann unabhängig vom Ergebnis der politischen Entscheidungsprozesse kein Prozessnutzen einstellen kann.

## Literatur

- ALDRICH, DANIEL (2012a), *Fukushima One Year Later*, Interview, <http://www.nbr.org/research/activity.aspx?id=219> (Zugriff am: 07.03.2012).
- ALDRICH, DANIEL (2012b), *Post-Crisis Japanese Nuclear Policy: From Top-Down Directives to Bottom-Up Activism*, AsiaPacific Issues: Analysis from the East-West Center, No. 103, Honolulu: The East-West-Center.
- ALDRICH, DANIEL (2012c), »Networks of Power: Institutions and Local Residents in Post-Tōhoku Japan«, in: JEFF KINGSTON (Hg.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan: Response and Recovery after Japan's 3/11*, London: Routledge, S. 127–139.
- AS (ASAHI SHINBUN) (10.07.2012), »Shushō ›Ōkina Oto‹ Kioku ni nai Saikadō Kōgi Kōdō meguri Tōben« [Der Premierminister erinnert sich nicht an »laute Geräusche«: Seine Antwort zu den Protestaktionen gegen die Wiederinbetriebnahme].

- AS (*ASAHI SHINBUN*) (19.07.2012), »Anti-Nuclear Protests Show Japan Is Becoming an Ordinary Nation, Scholar Says«.
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (20.07.2012), »Kantei mae Kōgi Kōdō ni Hatoyama-shi Sanka ›Saikadō yameru beki da« [Herr Hatoyama nimmt an den Protestaktionen vor dem Amtssitz des Premierministers teil: ›Man sollte mit der Wiederinbetriebnahme aufhören‹].
- DORN, DAVID, JUSTINA A. V. FISCHER, GEBHARD KIRCHGÄSSNER und ALFONSO SOUSA-POZA (2008), »Direct Democracy and Life Satisfaction Revisited: New Evidence for Switzerland«, in: *Journal of Happiness Studies*, 9 (2): 227–255.
- FLAVIN, PATRICK und MICHAEL J. KEANE (2012), »Life Satisfaction and Political Participation: Evidence from the United States«, in: *Journal of Happiness Studies*, 13 (1): 63–78.
- FREY, BRUNO S., MATTHIAS BENZ und ALOIS STUTZER (2004), »Introducing Procedural Utility: Not Only What, but Also How Matters« in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 160 (3): 377–401.
- FREY, BRUNO S. und ALOIS STUTZER (2005), »Beyond Outcomes: Measuring Procedural Utility«, in: *Oxford Economic Papers*, 57 (1): 90–111.
- GEISSEL, BRIGITTE und VIRGINIA PENROSE (2003), *Dynamik in der politischen Partizipation und Partizipationsforschung: Politische Partizipation von Frauen und Männern*, Gender... Politik...online: Gender in den Sozialwissenschaften, [http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel\\_penrose/geissel\\_penrose.pdf](http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose.pdf) (Zugriff am: 22.05.2012).
- GOODWIN, ROBIN, MASAHITO TAKAHASHI, SHAOJING SUN und STANLEY O. GAINES (2012), »Modelling Psychological Responses to the Great East Japan Earthquake and Nuclear Incident« in: *PLoS One*, 7 (5): e37690.
- HASEGAWA, KOICHI (2012), *Gemeinschaft und Vertrauensbeziehungen im Wandel*, Unveröffentlichter Vortrag am 08.05.2012 beim Deutsch-Japanischen Symposium »Gesellschaften im Umbruch«, Tōkyō: Japan Foundation, JFIC Sakura Hall.
- JT (*JAPAN TIMES*) (16.10.2011), »Occupy Where? Kasumigaseki?«.
- JT (*JAPAN TIMES*) (11.02.2012), »Nationwide Antinuke Rallies Planned«.
- JT (*JAPAN TIMES*) (18.03.2012), »Time for Antinuclear Protests«.
- JT (*JAPAN TIMES*) (25.07.2012), »Young and Old Rally as Nuclear Fear Galvanizes a Usually Sedate Nation«.
- KAASE, MAX (1995), »Partizipation«, in: DIETER NOHLEN (Hg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 521–527.
- KAWATO, YŪKO, ROBERT PEKKANEN und YUTAKA TSUJINAKA (2012), »Civil Society and the Triple Disasters: Revealed Strengths and Weaknesses«, in: JEFF KINGSTON (Hg.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan: Response and Recovery after Japan's 3/11*, London: Routledge, S. 78–93.

- KERSTING, NORBERT (2008), »Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transormation – eine Einführung« in: NORBERT KERSTING (Hg.), *Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–39.
- KINDSTRAND, LOVE (2011), »The Politicization of Precarity: Anti-Nuke Protests in Japan since the Great Tohoku Earthquake«, in: *Hot Spots: 3.11 Politics in Disaster Japan*, <http://culanth.org/?q=node/421> (Zugriff am: 27.02.2012).
- KLEIN, AXEL (2011), »Fukushima und die Hoffnung auf mehr politische Partizipation in Japan: Die Katastrophe enthält auch eine Chance«, in: *Die politische Meinung*, 56 (497): 46–49.
- LEBLANC, ROBIN M. (2008), »The Potential and Limits of Antiparty Electoral Movements in Local Politics«, in: SHERRY L. MARTIN und GILL STEEL (Hg.), *Democratic Reform in Japan: Assessing the Impact*, London: Lynn Rienner Publishers, S. 175–192.
- LOFLAND, JOHN (1996), *Social Movement Organizations: Guide to Research on Insurgent Realities*, New York: Aldine de Gruyter.
- NOZOMU, SHIBUYA (2011), »A Movement of the People vs. Elite Panic«, in: *Hot Spots: 3.11 Politics in Disaster Japan*, <http://culanth.org/?q=node/419> (Zugriff am: 27.02.2012).
- SLATER, DAVID H. (2011), »Fukushima Women against Nuclear Power: Finding a Voice from Tohoku«, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, No. 117, <http://www.japanfocus.org/events/view/117> (Zugriff am: 27.02.2012).
- SLATER, DAVID H., KEIKO NISHIMURA und LOVE KINDSTRAND (2012), »Social Media in Disaster Japan«, in: JEFF KINGSTON (Hg.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan: Response and Recovery after Japan's 3/11*, London: Routledge. S. 94–108.
- STUTZER, ALOIS und BRUNO S. FREY (2006), »Political Participation and Procedural Utility: An Empirical Study«, in: *European Journal of Political Research*, 45 (3): 391–418.
- TS (*TÖKYŌ SHINBUN*) (11.05.2012), »Genpatsu Tōmin Tōhyō motome: 32-mannin Shōmei Teishutsu« [Für eine Volksabstimmung über Kernenergie: Einreichen von 320.000 Unterschriften].
- UCHIDA, YUKIKO, YOSHIKI TAKAHASHI und KENTARŌ KAWAHARA (2011), *Higashi Nihon Daishinsai Chokugo no Jakunensō no Seikatsu Kōdō oyobi Kōfukudo ni tai suru Eikyō* [Einfluss des Tōhoku-Erdbebens auf das Verhalten und den Zufriedenheitsgrad von jungen Leuten], New ESRI Working Paper, No. 24, Tōkyō: Economic and Social Research Institute (ESRI).
- VEENHOVEN, RUUT (1988), »The Utility of Happiness« in: *Social Indicators Research*, 20 (4): 333–354.
- WEITZ-SHAPIRO, REBECCA und MATTHEW S. WINTERS (2008), *Political Participation and Quality of Life*, IADB Research Department Working Paper, No. 638, Washington: Inter-American Development Bank (IADB).

YS (*YOMIURI SHINBUN*) (20.06.2012), »Togikai, Genpatsu Kadō no zehi tou Jūmin Tōhyō Jōreian Hiketsu« [Der Stadtrat von Tōkyō lehnt den Verordnungsvorschlag über einen Volksentscheid ab, der das Für und Wider des Betriebs von Atomkraftwerken in Frage stellt].